

# Biomasse

## Plenarsitzung vom 26. November 2007

**Der Oberrheinrat - auf seiner Plenarsitzung vom 26. November 2007 und auf Vorschlag der Kommission „Landwirtschaft - Umwelt“**

1. stellt fest, dass für Bioenergiearten, d. h. Biogas, Biobrennstoffe und Biokraftstoffe, im Oberrheingebiet ein Entwicklungspotenzial gegeben ist,
2. stellt fest, dass Projekte von Tragweite bereits existieren (industrielle Ölmühle in Donaueschingen; Station Biomassevergärung Pratteln) oder sich in der Entstehung befinden (Bioethanolanlage von Roquette in Beinheim),
3. schätzt ein, dass die Entwicklungsperspektiven bei Biogas und Biobrennstoffen umso rentabler sind, je größer die Anlagen ausgelegt werden, und dass diese Energiearten allgemein zur Reduzierung der Treibhausgase beitragen,
4. ist der Auffassung, dass die Möglichkeiten neuer Kulturen, die für Biobrennstoffe bestimmt sind, untersucht werden müssen (z. B. Chinaschilf),
5. stellt fest, dass die Rentabilität dieser Energiearten steigt, wenn deren Erzeugung mit der Herstellung von Nebenprodukten einhergeht,
6. schätzt jedoch ein, dass zwischen Bioenergiearten, deren wirtschaftliche Rentabilität Schwankungen unterworfen sein kann, und solchen, deren Entwicklung vom Umweltaspekt her neutral ist, unterschieden werden muss,
7. weist auf die Auswirkungen des Klimawechsels hin, die bei bestimmten zur Biogasherstellung vorgesehenen Kulturen zu berücksichtigen sind,
8. unterstreicht, dass beim Anbau Pflanzenarten zu bevorzugen sind, die keinen Aufwand erfordern und eine abwechselnde Fruchtfolge gestatten,
9. stellt fest, dass es allerdings nicht möglich ist, den gesamten Energiebedarf nur mit Biomasse abzudecken,
10. und dass bei den Nebenprodukten auf mögliche Nebenwirkungen in anderen Landwirtschaftsketten zu achten ist,
11. unterstreicht die Notwendigkeit, die europäischen Richtlinien zu Biokraftstoffen zu berücksichtigen, aber auch zur Festlegung eines gemeinsamen Regelwerks, die Möglichkeiten der Nutzung von Biokraftstoffen betreffend, zu gelangen,
12. schlägt vor, Biokraftstoffe zunächst kurzen Produktionsketten - beispielsweise dem Landwirtschaftssektor und der Lebensmittelindustrie - vorzubehalten, die somit eigenständig werden könnten, und ausgehend davon Bilanz im Hinblick auf die Entwicklung anderer Produktionsketten zu ziehen.

Der Oberrheinrat versendet vorliegende Resolution:

- nach Deutschland: an die Bundesregierung, das Land Baden-Württemberg und das Land Rheinland-Pfalz,
- in die Schweiz: an das Bundesumweltamt, an die Regierungen der Kantone Basel-Stadt, Basel-

Land, Aargau, Solothurn und Jura,

- nach Frankreich: an die französische Regierung,
- an die Oberrheinkonferenz.